

Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags
AfD-Fraktion

- Bundes- und europapolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)
Mail: martin.boehm@afdbayern.de
Homepage: www.mdl-boehm.de

Pressemitteilung

21.12.2021

AfD wirkt: Christdemokratische EU-Abgeordnete wenden sich von linksgrünem Kurs ab und fordern eine realistische Energiepolitik!

In einem Schreiben an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen warnen 22 Europa-Abgeordnete aus elf Ländern vor einem Ausstieg aus der Kernenergie. Der Brief wurde von dem CDU-Abgeordneten Markus Pieper initiiert. Sämtliche Unterzeichner gehören der christdemokratischen EVP-Fraktion an. Die Politiker fordern, dass die CO₂-arme Atomenergie künftig als nachhaltig eingestuft wird. Sie mahnen überdies, dass sich die Vorgaben für Erdgaskraftwerke an der gegenwärtigen technischen Machbarkeit und nicht an utopischen Zielen orientieren müssen. Anderenfalls drohten zu hohe Energiepreise und eine Gefährdung der Energieversorgung durch Blackouts.

Der europapolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Martin Böhm, äußert sich dazu wie folgt:

„Es ist erfreulich, wenn einige Christdemokraten gelegentlich politische Vernunft zeigen. Die 22 EU-Abgeordneten treten für eine realitätsorientierte Energiepolitik statt grüner Utopien ein und übernehmen dabei die Position der AfD. Leider ist Markus Pieper, auf den die Initiative zurückgeht, mit seiner Haltung ein Außenseiter in der nach links abgedrifteten, ‚vergrünten‘ CDU. Es bleibt zu hoffen, dass seine Partei im EU-Parlament von ihren europäischen Schwesterparteien weiter unter Druck gesetzt wird. Anders als in Deutschland sind zumindest manchen christdemokratischen Politikern unserer Nachbarländer die Bedürfnisse ihrer Bürger nicht völlig gleichgültig. Sauberer Strom, Versorgungssicherheit und eine CO₂-Neutralität zu Bedingungen, die für moderne Volkswirtschaften akzeptabel sind, können ohne Kernenergie nicht erreicht werden.“

Ich fordere die Staatsregierung auf, sich am Vorbild dieser Abgeordneten aus europäischen Schwesterparteien von CDU und CSU zu orientieren! Bayern und Deutschland brauchen bezahlbaren, sicheren Strom.“